



## Pressemitteilung der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU Brandenburg

14. Mai 2014

Mehrheit der Deutschen befürwortet flexiblen Renteneintritt:

### **Flexi-Rente muss ins Rentenpaket!**

Die Mehrheit der Deutschen unterstützt die Idee des flexiblen Renteneintritts, wonach Arbeitnehmer freiwillig später als gesetzlich vorgeschrieben in Rente gehen können. Dies ist das Ergebnis einer repräsentativen Umfrage IPSOS-Instituts.

„Die Politik darf sich dem Wunsch der Menschen nach einem flexibel gestalteten Renteneintritt nicht verwehren, und muss die Flexi-Rente ins Rentenpaket aufnehmen“, fordern Hermann Kühnappel, Landesvorsitzender und Bernd Benser, Sprecher der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU des Landes Brandenburg (MIT).

Mit der Flexi-Rente soll es älteren Arbeitnehmern und ihren Arbeitgebern erleichtert werden, über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus zusammen zu arbeiten. Gegenwärtig wird eine Weiterbeschäftigung von älteren Fachkräften durch arbeits- und sozialrechtliche Regelungen erschwert. „Um mehr Flexibilität beim Renteneintritt zu ermöglichen, sollten aus Sicht der MIT Brandenburg befristete Beschäftigungsverhältnisse möglich sein“, fordert Benser. „Außerdem sollten die Beiträge zur Renten- und Arbeitslosenversicherung gestrichen werden, da sie keine Auswirkungen auf das Rentenkonto haben und ein Rentner nicht arbeitslos werden kann.“

Die MIT Brandenburg kritisiert heftig, dass mit der abschlagsfreien Rente nach 45 Beitragsjahren dringend benötigte Fachkräfte vorzeitig in den Ruhestand geschickt werden. „Mit der Rente mit 63 entziehen wir unseren Betrieben gut ausgebildete Facharbeiter. Dabei haben die Unternehmen in Brandenburg schon heute große Probleme, geeignete Fachkräfte zu finden“, betont Benser: „Die Flexi-Rente ist wichtiger Gegenpol zur Rente mit 63, der hilft, den Fachkräfteengpass zu mildern. Wir dürfen auf das Potenzial derjenigen, die freiwillig länger arbeiten wollen, nicht verzichten.“

Zudem hat der Landesvorstand der MIT in seiner regulären Sitzung am Montag, den 12.05.2014 beschlossen, die Fraktion der CDU im Landtag zu bitten, über eine kleine Anfrage, die absehbaren Folgen für die Unternehmen in Brandenburg von der amtierenden Landesregierung eruieren und darüber hinaus klären zu lassen, wie die Landesregierung darauf reagieren will. „Hier braucht es seitens der rot roten Regierung mal strategische Konzepte und Ideen!“ so Benser, der zudem einstimmig als Mitglied in den MIT-Landesvorstand kooptiert wurde.

**V.i.S.d.P.: Dr. Bernd Benser, Sprecher des Landesvorstandes der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) der CDU Brandenburg**